

16 Tage gegen Gewalt an Frauen/Mädchen

Aktionstage

Österreich - EU, 27.11.2014, 09:01 Uhr

GDN - Am Dienstag, 25. November 2014, begannen die Aktionstage "16 Tage gegen Gewalt an Frauen/Mädchen", die am 10. Dezember mit dem internationalen Tag für Menschenrechte enden. Die österreichischen Grünen fordern Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

In den 16 Tagen machen weltweit Fraueninitiativen auf das Recht von Frauen und Mädchen auf ein Leben frei von Gewalt durch unterschiedlichste Aktionen und Veranstaltungen aufmerksam.

Nach Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge, sind weltweit ein Drittel der Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Zudem sind zwischen 100 und 140 Millionen Frauen von Genitalverstümmelung betroffen. An die 70 Millionen Frauen werden verheiratet, bevor sie 18 Jahre alt sind. "Die Zahlen sind beschämend. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist die weltweit häufigste Verletzung der Menschenrechte," so die Frauensprecherin der Grünen Frauen Wien, Ewa Dziedzic.

"Es braucht klar definierte Straftatbestände, ein umfangreiches und langfristig abgesichertes Opferschutznetz und bewusstseinsbildende Maßnahmen gegen die Tabuisierung und Bagatellisierung von Gewalt. Wir alle haben die Verantwortung, dies zu gewährleisten. Personen, die Schutz brauchen, werden von uns geschützt", ergänzt Gemeinderätin Martina Wurzer.

Wien tut viel für Frauen, die von Gewalt betroffen sind: Mit 175 Plätzen in den Wiener Frauenhäusern und 54 Übergangswohnungsplätzen erfüllt Wien die EU-Vorgabe. Die Frauenhäuser in Wien sind zur Gänze von der Stadt finanziert. Der 24-Stunden Frauennotruf ist rund um die Uhr und 365 Tage im Jahr besetzt, damit sich von Gewalt betroffene Frauen oder jemand aus deren Umfeld jederzeit melden können. "Gewalt ist keine Privatangelegenheit, die Umsetzung des Rechts auf ein Leben ohne Gewalt gehört zur gesellschaftlichen Verantwortung", so Wurzer und Dziedzic abschließend.

Auch auf der EU-Ebene ist Gewalt gegen Frauen ein Thema. So fordern Lunacek und Vana (Grüne): "Die EU-Kommission muss Gesetzesvorschlag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorlegen. Die EU-Kommission muss, so wie vom Europaparlament in einer Resolution im Februar dieses Jahres gefordert, endlich eine umfassende Strategie für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erarbeiten. Justizkommissarin Vera Jourova darf sich hier nicht aus ihrer Verantwortung stellen, sondern muss die nötigen Initiativen setzen und einen Gesetzesvorschlag vorlegen", verlangen Ulrike Lunacek, Vizepräsidentin des Europaparlaments, und Monika Vana, Grüne Europaabgeordnete.

Lunacek: "Vor 35 Jahren war ich beim Aufbau des Frauenhauses in Innsbruck aktiv beteiligt. Wenn mir damals jemand gesagt hätte, dass sich mehr als drei Jahrzehnte später immer noch jede dritte Frau in der EU und jede fünfte Frau in Österreich körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt sieht, hätte ich das nicht glauben wollen. Die Ergebnisse einer Studie der europäischen Grundrechtsagentur haben mich leider eines besseren belehrt."

Die Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten sind massiv. Die EU-Kommission ist deswegen gefordert, die Verantwortung nicht weiterhin an die Mitgliedsstaaten zu delegieren, sondern einen europäischen Gesetzesvorschlag auf den Weg zu bringen, der Prävention sowie Bekämpfung von Gewalt an Frauen ins Zentrum stellt.", so die Grüne Europaabgeordnete abschließend.

Vana: "Gewalt gegen Frauen ist definitiv kein Kavaliersdelikt und darf auch von der Politik nicht als solches behandelt werden. Kampf gegen Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, nicht nur ein Frauenthema. Die Ergebnisse der Gewalt-Studie sind erschreckend und vor allem ein Alarmsignal an die Politik. Umso mehr ist es jetzt geboten, dass die im August dieses Jahres in Kraft getretene "Istanbul Konvention" des Europarates gegen Gewalt an Frauen von weiteren Staaten ratifiziert wird und auch die EU raschest möglich der Konvention beitrifft."

Daneben unterstützen Lunacek und Vana die Idee, 2016 ein europaweites "Jahr gegen Gewalt an Frauen" auszurufen. Lunacek/Vana: "Unter anderem braucht es für Migrantinnen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht in allen EU-Mitgliedsstaaten. In Österreich sind in dieser Frage in den letzten Jahren Schritte in die richtige Richtung gesetzt worden, doch nach wie vor ist dieser Gewaltkerker für Migrantinnen noch immer nicht völlig aufgesperrt."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-45325/16-tage-gegen-gewalt-an-frauenmaedchen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV: Roland Kreisel

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Roland Kreisel

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619